

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1977

hier: Einzelplan 12

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

– Drucksachen 8/100, 8/502, 8/558 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. das am 9. März 1977 vom Bundeskabinett verabschiedete Investitionsprogramm bis zum Jahre 1985 für die Bundesverkehrswege dem Parlament vorzulegen;
2. unverzüglich die Frage der Immissionsgrenzwerte an Verkehrswegen unter Einbeziehung der Möglichkeiten des aktiven Lärmschutzes zu regeln, damit eine Einschränkung der Investitionstätigkeit mit allen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt verhindert werden kann;
3. die Verlustvorfinanzierung seitens der Deutschen Bundesbahn jeweils im Verkehrshaushalt (Einzelplan 12) nachrichtlich auszuweisen;
4. über die zu erwartende Entwicklung der Verlustvorfinanzierung seitens der Deutschen Bundesbahn jeweils in der mittelfristigen Finanzplanung zu berichten;
5. bei ihren Aufklärungsmaßnahmen zur Verkehrssicherheit die Bevölkerung stärker als bisher auf die zivilrechtlichen Konsequenzen des Nichtanschnallens in Personenkraftwagen hinzuweisen sowie das Instrument der Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen in die Aufklärungsaktionen einzubeziehen.

Bonn, den 20. Juni 1977

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

